

7. Oktober 2011

Pressemitteilung

Informationsrechte des Parlaments werden gestärkt: Landtag und Landesregierung unterzeichnen Vereinbarung zum Thema Europa

Für weitere Informationen:

Carsten Maltzan
Pressesprecher des Landtages
Schleswig-Holstein
Postfach 7121
24171 Kiel
Telefon: 0431 988-1120
Carsten.maltzan@landtag.ltsh.de

Knut Peters
Regierungssprecher der Landesregierung
Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 104
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-1704
Knut.peters@stk.landsh.de

Kiel (SHL) – Landtag und Landesregierung wollen beim Thema Europa in Zukunft enger zusammenarbeiten. Landtagspräsident Torsten Geerds und Ministerpräsident Peter Harry Carstensen unterzeichneten heute (7. Oktober) in Kiel die „Vereinbarung über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union“.

Mit der Vereinbarung werden die Informationsrechte des Schleswig-Holsteinischen Landtages, die eine Folge des Vertrags von Lissabon sind, gestärkt. „Ich freue mich sehr, dass Landtag und Landesregierung beim Thema Europa künftig noch enger zusammenarbeiten und die Parlamentsrechte durch die gemeinsame Vereinbarung deutlich erweitert werden“, sagte Landtagspräsident Torsten Geerds. Ministerpräsident Carstensen begrüßte die Vereinbarung: „Es ist eine gemeinsame Aufgabe, Europa stärker in die öffentliche und vor allem auch in die regionale Debatte zu holen. Europa ist wichtig für Schleswig-Holstein“, sagte er.

Kern der Vereinbarung sind neue Informationsrechte des Landtags gegenüber der Landesregierung, damit der Schleswig-Holsteinische Landtag so früh wie möglich über Entwicklungen auf europäischer Ebene informiert wird, die in seine Zuständigkeit fallen. Neben der themenbezogenen Information durch die Landesregierung im Rahmen des so genannten Frühwarnsystems sind zwei Mal im Jahr gemeinsame Sitzungen von dem für Europaangelegenheiten zuständigen Ministerium der Landesregierung, dem Vorsitz des Europaausschusses sowie den europapolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Landtagsfraktionen unter Leitung der Landtagsverwaltung, festgelegt worden. In den Gesprächen sollen diejenigen Vorhaben der Europäischen Kommission identifiziert werden, die für das Land von erheblicher landespolitischer Bedeutung sind und wesentliche Interessen des Landes unmittelbar berühren.

„In diesem Punkt geht die Vereinbarung in Schleswig-Holstein deutlich über vergleichbare Regelungen in anderen Bundesländern hinaus“, betonten Geerds und Carstensen. Die Vereinbarung Sorge dafür, europäische Entwicklungen schon frühzeitig zu erkennen und so rechtzeitig zu einer landespolitischen Meinungsbildung zu kommen, dass Schleswig-Holstein seine Interessen noch im europäischen Rechtsetzungsprozess einbringen kann, so der Landtagspräsident und der Ministerpräsident.